



Herrn Kreispräsident
Heinz Maurus
Im Hause

Husum, den 08.11.2019

**Änderungsantrag der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP
zur Kreistagssitzung am 08.11.2019 zu TOP 33 :**

Sehr geehrter Herr Kreispräsident,

die Fraktionen von Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP
beantragen folgenden Änderungsantrag.

Der Kreistag möge beschließen:

Der Kreis Nordfriesland hält eine Reform der Kindertagesstättenfinanzierung mit einheitlichen und gerechten Standards in ganz Schleswig-Holstein für dringend notwendig.

Der Kreis Nordfriesland begrüßt eine in ganz Schleswig-Holstein einheitliche Sozialstaffel und Geschwisterermäßigung, fordert allerdings eine Ausweitung auch für Hortkinder, sowie eine ständige Anpassung.

Außerdem begrüßt der Kreis Nordfriesland die Begrenzung von Schließzeiten der Einrichtungen ab vier Gruppen auf 20 Tage, die Begrenzung der Betreuungszahlen auf 20 Kinder pro Gruppe sowie die freie Platzwahl über Gemeindegrenzen hinaus bei gleichzeitigem Gemeindekindervorrang. Der Kreis Nordfriesland begrüßt, dass zukünftig in ganz Schleswig-Holstein Kinder, die von Behinderung bedroht sind, doppelt gezählt werden. Dieses sollte dringendst auch auf Krippengruppen angewandt werden. Der Kreis Nordfriesland begrüßt, dass Kinder mit einer bedrohenden Behinderung die Aufnahme in eine Gruppe nicht abgelehnt und ein Betreuungsverhältnis nicht beendet werden darf.

Der Kreis Nordfriesland begrüßt zwar grundsätzlich die Einführung von Mindestqualitätsstandards. Standortgemeinden, die bereits jetzt höhere Qualitätsstandards (z.B. Verfügungszeiten, Leitungsfreistellung, Personalschlüssel) erfüllen, müssen jedoch bei der Finanzierung dieser höheren Standards unterstützt werden.

Der Kreis Nordfriesland verweist auf die Stellungnahme vom Schleswig-Holsteinischem Landkreistag und fordert befristete Übergangslösungen, wenn der Träger den Betreuungsschlüssel nachweislich aufgrund des Fachkräftemangels nicht einhalten kann. Gleichzeitig sieht der Kreis Nordfriesland das Land in der Pflicht die Ausbildungssituation zu verbessern.

Der Kreis Nordfriesland begrüßt die steigenden Betreuungsquoten in den Kindertagesstätten. Beim Ausbau der Betreuungskapazitäten dürfen die Städte und Gemeinden nicht allein gelassen werden.

Daher fordert der Kreis Nordfriesland zusätzlich wirksame Investitionsförderprogramme für die Zukunft.

Der Kreis Nordfriesland steht zum Subsidiaritätsprinzip. Aus diesem Grund lehnt der Kreis Nordfriesland den Vorschlag ab, die finanziellen Mittel der Gemeinden und des Landes über den Umweg der Kreise an die Träger weiterzuleiten und den Kreisen eine stärkere Steuerungsrolle zu geben. Auf die Resolution des Schleswig-Holsteinischen Gemeindetages wird in diesem Zusammenhang verwiesen. Ausdrücklich fordert der Kreis Nordfriesland die Zahlung des Landes an Träger pro Gruppe.

Der Kreis Nordfriesland fordert eine deutliche Berücksichtigung der für den Kreis entstehenden Mehrbelastung, die im Rahmen des zusätzlich notwendigen pädagogischen und betriebswirtschaftlichen Fachpersonals anfallen wird.

Diese Stellungnahme ist an folgende Personen/Institutionen zu verschicken: • Den Ministerpräsidenten des Landes Schleswig-Holstein • Den Minister für Soziales, Gesundheit, Jugend, Familie und Senioren des Landes Schleswig-Holstein • Die Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend • Die nordfriesische Bundestagsabgeordnete • Die nordfriesischen Landtagsabgeordneten • Den Schleswig-Holsteinischen Landkreistag

Für die Fraktionen

CDU	Bündnis 90/Die Grünen	FDP
Frank Petersen	Esther Drewsen	Jörg Tessin